

Beschlussvorlage

Vorlagen Nr.
18/056

Status:

öffentlich

Verordnung der Stadt Aurich zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für den Bereich des Georgswalls

Beratungsfolge:

Nr.	Gremium	Datum	Zuständigkeit	Status	Beschluss
1.	Ortsrat für den Bereich der Kernstadt Aurich	10.04.2018	Empfehlung	öffentlich	
2.	Verwaltungsausschuss	23.04.2018	Empfehlung	nicht öffentlich	
3.	Rat der Stadt Aurich	23.04.2018	Beschluss	öffentlich	

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Aurich fasst folgenden Beschluss:

Die Verordnung der Stadt Aurich zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für den Bereich des Georgswalls wird gemäß Vorlage erlassen.

Sachverhalt:

Der südliche Teil des Georgswalls wurde in den letzten Jahren im Zuge der Innenstadt-sanierung neu gestaltet und aufgewertet. Durch Elemente der Freiraumplanung (Grünflächen mit Bänken, Spielfelder, zentraler Wasserplatz mit Fontänenspiel etc.) hat dieser Bereich deutlich an Aufenthaltsqualität gewonnen und sich zu einem beliebten Treffpunkt von Jung und Alt entwickelt. Diese positive Entwicklung wird jedoch durch das auffällige Verhalten von Personen, die sich verstärkt am Georgswall aufhalten, getrübt. Alkoholkonsum und das Abspielen lauter Musik hat wiederholt zu Belästigungen der Allgemeinheit geführt. Es waren auch mehrere Schlägereien aufgrund erhöhten Alkoholkonsums zu verzeichnen. Das Zerschlagen von Flaschen und das freie Laufenlassen von Hunden gehören ebenfalls zu den negativen Begleiterscheinungen am Georgswall. Drogenkonsum und –umschlag gehören zu den besonders schwerwiegenden Delikten, die die Polizei mehrfach hier festgestellt hat.

Aufgrund der oben geschilderten Vorkommnisse wird dem Rat vorgeschlagen, für den Bereich des Georgswalls eine Verordnung zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu erlassen. Insbesondere die Festschreibung des Alkoholverbotes würde der Polizei eine Handlungsgrundlage geben, um einzuschreiten und ggfls. weitere Maßnahmen einleiten zu können. Es ist eine Erprobungsphase von zunächst einem Jahr vorgesehen. Während dieser Zeit sollen die Sicherheitsbelange mit der Polizei besprochen und ausgewertet werden. Die städtischen Gremien werden über die Ergebnisse zeitnah informiert.

gez. Windhorst